

## Resolution zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Bürger

### **Der Rat der Stadt Braunschweig unterstützt die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle Migranten und Migrantinnen!**

Die politische Teilhabe über Wahlen und Abstimmungen ist eines der Kernelemente jeder demokratischen Verfassung, so auch unseres Grundgesetzes. Viele demokratische Länder haben in ihren jeweiligen Verfassungen dieses bedeutende Grundrecht bei Kommunalwahlen nicht von der Staatsangehörigkeit der Einwohner und Einwohnerinnen abhängig gemacht, sondern allein vom dauerhaften Lebensmittelpunkt der Menschen.

In Deutschland leben gegenwärtig ca. 4,5 Millionen Ausländer und Ausländerinnen, die kein Recht auf politische Teilhabe bei Kommunalwahlen haben. Sie sind Staatsangehörige von Ländern, die nicht der Europäischen Union angehören – so genannte Drittstaatler. Eine demokratische Bürgergesellschaft kann es sich auf Dauer nicht leisten, auch nur einen Teil ihrer Mitglieder von elementaren, Mitwirkungsrechten auszuschließen. Für die Identifikation aller Migranten und Migrantinnen mit dem Land in dem sie leben und damit letztlich für den Erfolg von Integrationsprozessen ist das kommunale Wahlrecht eine wichtige Bedingung. Es ermöglicht demokratische Teilhabe und Mitwirkung z.B. bei der Gestaltung des unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeldes.

Der Ausschuss für Integrationsfragen unterstützt deshalb die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Migranten und Migrantinnen. Er bittet den Rat der Stadt Braunschweig, Bundestag und Bundesrat aufzufordern, die notwendige Grundgesetzänderung vorzunehmen, um das „Kommunale Wahlrecht für Alle“ einführen zu können.

Damit bleibt die Stadt Braunschweig der Grundlage ihres interkulturellen Leitbildes treu, in dem es heißt: **„Alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger haben einen gleichberechtigten Zugang zu den Bereichen Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Wohnen, Politik, Gesundheit und Kultur. Sie partizipieren gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben.“** und setzt ernst gemeinte Integration fort.

Braunschweig, 17.08.2009